

## Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Johannes Mertens (CDU) vom 19.05.98

### und Antwort des Senats

#### Betr.: Staatliche Förderung der Castor-Widerstände?

*In bundesweiten Aufrufen z. B. in:*

- „NIX mehr!“ Herausgeber: Koordination „NIX mehr – 5000 auf die Krümmel-Schienen“, c/o Haus für Alle, ART, Amandastraße 58, 20357 Hamburg
- Zeitung Graswurzel, Revolution September 1997, Nummer 221, Kontakte im Norden, NIX mehr – 5000 auf die Krümmel-Schienen, c/o Haus für Alle, ART, Amandastraße 58, 20357 Hamburg
- Anti-Atom Aktuell, März 1998, Nummer 89, CD-ROM, Anti-AKW-Lexikon, Verlag: Die Werkstatt Göttingen, Lotzestraße 24 a, 37083 Göttingen (in der das Haus für Alle in Hamburg als Anti-Castor-Büro genannt ist),

*wird für Aktionen gegen Castor-Transporte geworben.*

*Bei gewaltsamen Aktionen gegen die Castor-Transporte und den gleichzeitigen Aufrufen, entschlossenen „Widerstand gegen den Atomstaat BRD“ zu leisten, nimmt das „Haus für Alle“ in der Amandastraße in Hamburg eine herausragende und wiederkehrende Rolle ein. Auch ist es an der Organisation der genannten Aktionen beteiligt und dient als Anlaufpunkt sowie als Koordinationsbüro für Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Zugleich wird das „Haus für Alle“ mit jährlich über 500 000 DM aus dem Hamburger Haushalt bezuschußt. „Unser Haus e. V. Bl“ (Bürgerinitiativen) Bergedorf, Wentorfer Straße 26, 21029 Hamburg, das anerkannter Träger der freien Jugendhilfe ist und jährlich mit 78 000 DM aus Haushaltsmitteln bezuschußt wird, ist ebenfalls aufgeführt in „NIX mehr – 5000 auf die Krümmel-Schienen“.*

*Vor diesem Hintergrund frage ich den Senat.*

Der Senat hat bereits in seiner Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage Drucksache 15/4995 die Nutzerstruktur des „Haus für Alle“ in der Amandastraße beschrieben. Danach ist zwischen dem Verein „Haus für Alle – Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel e.V.“ mit der von ihm auf einer Teilfläche des Gebäudes betriebenen Deutsch-Ausländischen Begegnungsstätte Eimsbüttel einerseits und anderen Nutzern weiterer Räumlichkeiten dieses Gebäudes andererseits zu unterscheiden.

Aus dem Haushalt bezuschußt wird nur der Betrieb der Deutsch-Ausländischen Begegnungsstätte Eimsbüttel. Der zuständigen Behörde liegen keine Erkenntnisse vor, daß der Trägerverein „Haus für Alle – Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel e.V.“ an Aktionen und Aufrufen gegen Castor-Transporte beteiligt gewesen sei.

Der Verein „Unser Haus – Verein für selbstverwaltete Jugend-, Freizeit- und Kulturarbeit in Bergedorf e.V.“ erhält eine Zuwendung in Höhe von 78 000 DM für das Angebot „Öffentlicher Kommunikationsort und Vielfalt an offener Gruppenarbeit“ (Honorare und Betriebskosten). Konkrete Angebote des Hauses sind unter anderem Café, Kino, Bücherei, Frauenveranstaltungen, Fotogruppe, Chor und Musikgruppen. Die Bürgerinitiative gegen Atomkraft nutzt lediglich einen Raum mit, erhält aber selbst keine Zuschüsse.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen wie folgt.

1. *Wie rechtfertigt der Senat den Zuschuß an das Haus für Alle/ART (antirassistisches Telefon), das bundesweit als Anlaufpunkt und Organisationsstelle für die genannten rechtswidrigen Aktionen angegeben wird, mit jährlich über 500 000 DM aus Steuermitteln?*
2. *Wieviel der über 500 000 DM hohen Zuschüsse werden für das antirassistische Telefon und seine rechtswidrigen Aktivitäten genutzt?*

Entfällt. Weder das „antirassistische Telefon“ noch die „Bürgerinitiative gegen Atomkraft“ in Bergedorf erhalten Zuwendungen aus Haushaltsmitteln (vgl. Vorbemerkung).

3. *Wieviel Stellen im „Haus für Alle“ werden aus Mitteln der BAGS bezuschußt?*

Beim Verein „Haus für Alle – Internationales Stadtteilzentrum im Schanzenviertel e.V.“ werden zum Betrieb der Deutsch-Ausländischen Begegnungsstätte 4, 5 Stellen finanziert.

4. *Wie hoch waren die Ausgaben der Hamburger Polizei*
  - a) *für ihre Hilfe bei der Begrenzung der gewaltsamen Aktivitäten bzw. Ausschreitungen bei den letzten Castor-Transporten nach Ahaus?*

Die Polizei Hamburg hat anlässlich des Castor-Transports nach Ahaus das Land Nordrhein-Westfalen in der Zeit vom 19. bis 21. März 1998 mit Einsatzkräften der Bereitschaftspolizei unterstützt. Dafür lassen sich nach der aktuellen Personalkostentabelle (Stand 12/97) Personalkosten in Höhe von 284 052 DM zugrunde legen. Folgende Kosten, die dem Land Nordrhein-Westfalen in Rechnung gestellt werden, sind weiterhin entstanden:

Mehrarbeitsvergütung	320 003,70 DM
Dienst zu ungünstigen Zeiten	21 715,42 DM
Kraftstoffe	14 222,45 DM
Sonstiges (Reinigung, Karten usw.)	1 321,00 DM

Verpflegungskosten werden noch gesondert abgerechnet.

4. b) *bei „5000 auf die Krümmel-Schienen“ am 20./21. September 1997?*

Für den Einsatz am 20./21. September 1997 ergeben sich Personalkosten in Höhe von ca. 54 000 DM. Hierbei handelt es sich ausschließlich um Hamburger Polizeikräfte, die auch nur im Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg tätig waren.

5. *Wird der Senat aufgrund des Aufrufs zu Widerstand und Castor-Blockade vom 13. bis 16. Juni 1998 in Krümmel, über die die BI (Bürgerinitiativen Bergedorf) informieren, veröffentlicht in Anti-Atom Aktuell vom März 1998, Nummer 89, Seite 35, die Zuschüsse für die Bürgerinitiativen Bergedorf stoppen? Wenn ja, ab wann? Wenn nein, warum nicht?*
6. *Wie wird der Senat seine in der Senatsantwort 16/394 gegebene Zielsetzung, „Zuwendung kann nur in Anspruch nehmen, wer im Rahmen rechtlich gezogener Grenzen agiert“, künftig umsetzen (bei Gewaltaufrufen bzw. zu Gleiszerstörung aus dem „Haus für Alle“ per Telefon oder Internet und bei dem erwähnten Widerstandscamp und Castor-Blockade vom 13. bis 16. Juni 1998 in Krümmel von den Bürgerinitiativen Bergedorf)?*

Siehe Antwort zu 1. und 2.

7. *Welche Informationen hat die Innenbehörde über die Zusammenarbeit zwischen dem „ART“ und den sogenannten Antifa?*

Der Behörde für Inneres liegen keine Informationen über eine Zusammenarbeit zwischen „ART“ („Antirassistisches Telefon“) und „Antifa“ vor. „ART“, jetzt „Telefon Antirassistischer Gruppen“ („TAG“), wurde 1991 von Personen aus verschiedenen politischen Strömungen gegründet. Das „TAG“ sieht sich unter anderem als Kontaktstelle für antirassistische/antifaschistische Gruppen.